

Stabilisieren, Sparen, Abbauen

Fast alle Kantone und der Bund haben Einsparungen geplant oder beschlossen. Im Stabilisierungsprogramm des Bundesrates vom November 2015 erfährt die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020 (BFI-Botschaft 2017–2020) eine Kürzung um Fr. 555.3 Millionen. Bei einer durchschnittlichen Teuerung um 0,9 Prozent pro Jahr beträgt der geplante reale Ausbau BFI-Bereich somit durchschnittlich 1,3 Prozent.¹

Das Bundesamt für Statistik prognostiziert, dass sich ab 2017 das Wachstum der Zahl der Studierenden aufgrund des erwarteten Bevölkerungsrückgangs in den betroffenen Altersgruppen im Durchschnitt auf rund 0,5% pro Jahr beschränken wird (Referenzszenario). Also scheint die Rechnung in etwa aufzugehen. Es sind aber auch neue Aufgaben vorgesehen, wie z.B. die vier geplanten Schwer-

punkte – höhere Berufsbildung, wissenschaftlicher Nachwuchs, Humanmedizin und Innovationsförderung, was notwendigerweise zu Mehrkosten führt und, bei gleich bleibenden Finanzen, zu Lasten der bisherigen Bereiche geht. Niemand will, dass in seinem Bereich gespart wird, und so weisen verständlicherweise die Kantone, die ETH und andere Betroffene bereits im Vorfeld auf finanzielle Engpässe hin. Es wird auch laut über die Erhöhung von Studiengebühren nachgedacht. Der ETH-Rat z.B. sieht gemäss seiner Medienmitteilung vom 13. März 2016 eine sozialverträgliche Erhöhung per Herbst 2018 vor. Würde diese Idee von Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen aufgenommen, kämen bei insgesamt 240 000 Studierenden für das Studienjahr 2016–2017 bei einer Erhöhung um Fr. 250 pro Semester 120 Millionen jährlich zusammen.

swissfaculty, die Konferenz Hochschuldozierende Schweiz, welche die Dozierenden an allen Hochschultypen gemäss HFKG vertritt, wendet sich dagegen, fehlende Finanzmittel mit höheren Studiengebühren einzutreiben, insbesondere solange ein angemessenes Stipendensystem nicht existiert. Hinsichtlich der Gebühren für ausländische Studierende haben wir bereits in der Vernehmlassungsantwort zum ETH-Gesetz gefordert, dass diesen keine höheren Studiengebühren abverlangt werden sollten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Diskussionen um den Verbleib der Schweiz im Forschungsprogramm Horizon 2020 und dem Austauschprogramm Erasmus+ wäre eine solche Entscheidung kontraproduktiv.

¹ Das am 25. Mai 2016 vom Bundesrat verabschiedete Stabilisierungsprogramm will im BFI-Bereich etwas weniger sparen als geplant. Darüber muss nun das Parlament entscheiden.

Stabiliser, économiser, démanteler

Dans presque tous les cantons ainsi qu'au niveau de la Confédération elle-même, les économies sont à l'ordre du jour, déjà décidées ou prévues. Dans le programme de stabilisation du Conseil fédéral de novembre 2015, le Message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pour les années 2017–2020 (Message FRI 2017 à 2020) subit une coupe de 555,3 millions. Avec un renchérissement de 0,9% en moyenne par année, le développement prévu réel est de 1,3% en moyenne dans le domaine du FRI.¹

Selon l'Office fédéral de la statistique, compte tenu du déclin démographique dans les tranches d'âge concernées, la croissance du nombre d'étudiant-e-s se réduira à environ 0,5% par année en moyenne à partir de 2017 (scénario de référence). L'équilibre semble donc maintenu. Toutefois, de nouvelles tâches sont prévues, comme par exemple les

quatre nouveaux axes – formation professionnelle supérieure, relève scientifique, médecine humaine et encouragement à l'innovation – ce qui bien évidemment entraînera des coûts supplémentaires qui ne manqueront pas d'être compensés par des coupes dans les domaines existants, vu qu'aucune augmentation n'est prévue concernant le financement. Comme personne ne souhaite que son secteur fasse les frais des mesures d'économies, les cantons, l'ETH Zurich et d'autres instances annoncent déjà être en difficulté. Par ailleurs, l'idée d'une hausse des taxes académiques fait son chemin: dans son communiqué de presse du 13 mars 2016, le conseil de l'ETH a, par exemple, annoncé une augmentation socialement acceptable pour l'automne 2018. Si cette idée était suivie par les universités, les hautes écoles spécialisées et les hautes écoles pédagogiques, les 240 000 étudiant-e-s prévu-e-s pour 2016–2017 pourraient bien renflouer les

caisses: une augmentation de 250 francs par semestre correspondrait en effet à un montant annuel de 120 millions!

swissfaculty, la Conférence des enseignant-e-s des hautes écoles suisses qui représente les professeurs de tous les types de hautes écoles selon LEHE, s'oppose à une hausse des taxes académiques qui devrait compenser le manque de ressources financières, en particulier tant qu'un système de bourses d'étude approprié n'a pas été mis en place. De plus, dans le contexte des discussions sur le maintien de la Suisse dans le programme de recherche Horizon 2020 et le programme d'échange Erasmus+, une telle décision s'avérerait contre-productive.

¹ Le programme de stabilisation, adopté par le Conseil fédéral le 25 mai 2016, prévoit des économies un peu moins contraignantes que celles planifiées dans le domaine FRI. C'est maintenant au tour du Parlement de se prononcer.

Forschungsfreiheit und Drittmittel

Derzeit werden vermehrt Betroffenheit und Sorge thematisiert, dass Hochschuldozierende durch das Einwerben von Drittmitteln aus Wirtschaft und Gewerbe in ihrer forscherschen Freiheit und Unabhängigkeit beeinträchtigt sein oder werden könnten. Schon Max Weber forderte 1919 die Tugend der «schlichten intellektuellen Rechtschaffenheit» und die Bereitschaft, «nur der Sache zu dienen» von allen, die Wissenschaft als Beruf verstehen und ausüben wollen. Aber vielleicht hat sich «die Sache» geändert?

Selbst wenn einige Dozierende sich völlig apolitisch geben, können sie sich der Tatsache nicht verschliessen, dass heute von der Wissenschaftspolitik bei allem, was öffentlich finanziert wird, ein Nutzen für das Gemeinwohl möglichst im Handumdrehen erwartet wird. Obwohl Artikel 20 der Bundesverfassung die Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung gewährleistet, wird eine «Orientierung» der Forschung bei der Vergabe von staatlichen Mitteln vielerorts als gerechtfertigt angesehen. Strategien und Forschungsinhalte werden vermehrt von nicht selber Forschenden durch die Mechanismen der Mittelzuweisung «umgesetzt». Die Politik will so dem Anspruch der Gesellschaft gerecht werden, die Hochschule möge «nützliche» Forschung betreiben.

Die Auswahl der Forschungsschwerpunkte kann von aussen stark beeinflusst werden (vgl. die Forschungsaktivitäten in den Bereichen Energie, Umwelt, Gesundheit, Soziales, Medien, Arbeitswelt usw.). Andere Gebiete, von denen niemand weiss, ob sie langfristig noch wichtiger für die Menschheit sein könnten, geraten dadurch ins Abseits oder sind nicht einmal auf der Reservebank sichtbar. Dabei wird auch das Humboldt'sche Hochschulkonzept der Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre mehr oder weniger offen in Frage gestellt. Dass die Forschenden gar «in Einsamkeit und Freiheit» am besten vorankommen, wird durch Hinweise auf die nicht mehr zeitgemässe Idee vom «elfenbeinernen Turm» abgetan.

Hier liegt ein grobes Missverständnis vor: «Einsamkeit und Freiheit» bedeutet nicht eine dauerhafte Isolation von der Gesellschaft (wie im Begriff «elfenbeinerner Turm» vereinfachend und gelegentlich polemisierend unterstellt). Hochschuldozierende waren und sind in ihrer grossen Mehrheit ein lebendiger Teil der Gesellschaft, mit Beziehungen, Ambitionen, Pflichten und freiwilligen Leistungen, Sorgen und Plänen wie alle anderen Menschen auch. Zu ihrem Berufsbild gehört jedoch, dass die verlangte intellektuelle Leis-

tung ein hohes Mass an geistiger Autonomie erfordert, das man nur durch grosse Konzentration und Durchhaltevermögen erreicht und bewahrt. Schon zu Humboldts Zeiten war damit nicht gemeint, dass die Forschenden sich nicht um die Gesellschaft, in der sie lebten, kümmern – auch wenn es einige Ausnahmen gab...

Dem Gemeinwohl zu dienen, kann, aber muss nicht an einem von aussen vorgegebenen Plan orientiert sein. Auf die Dauer ist dem Gemeinwohl sicher damit am besten gedient, wenn die Voraussetzungen stimmen, dass in der Hochschulforschung auf höchstem Niveau gearbeitet werden kann. Diese «Sache» war auch schon Humboldts Ziel – und die Erfolge haben seinen strategischen Ansatz bestätigt. Der oder die «Gelehrte im stillen Kämmerlein» kann und darf in einer zivilisierten Gesellschaft ein Traumziel für eine sehr kleine Gruppe bleiben. Hinsichtlich der öffentlich-akademischen Ausübung von Wissenschaft als Beruf kann man jedoch davon ausgehen, dass die meisten Hochschulangehörigen «der Sache» dienen wollen, am besten dort, wo ihre Talente und Fähigkeiten sinnvoll gefordert sind.

Auftragsforschung mit öffentlichen Mitteln (die auch zu einer wettbewerbsverzerrenden Dienstleistung führen kann) sollte an Hochschulen nicht die Möglichkeiten der freien Wahl eines Forschungsgegenstandes (im Rahmen der ethischen Bestimmungen) beschneiden. Momentan gibt es in dieser Hinsicht noch einige Freiräume über die verschiedenen nationalen und internationalen Forschungsförderungsorganisationen und diverse Stiftungen. Der im Rahmen von Sparübungen verstärkten «Ermunterung» der Politik, Hochschulforscher mögen sich um mehr Drittmittel aus Wirtschaft und Gewerbe bemühen, muss jedoch mit grosser Sorge begegnet werden. Sicher ist es gerechtfertigt, wenn sich Interessenten an die Hochschulen wenden, um Know-how und fortschrittliche, insbesondere für kleinere Betriebe unerschwingliche Mess- und Auswertemethoden für ihre Zwecke einzusetzen. Dabei handelt es sich oft um Dienstleistungen, für die kostendeckende Tarife zu vereinbaren sind. Der Hochschulcharakter geht jedoch verloren, wenn mehrheitlich Routinearbeiten durchgeführt werden. Handelt es sich um innovative, explorative Forschung mit privaten Partnern, die auch nur teilweise aus öffentlichen Geldern finanziert wird, so ist eine Veröffentlichung der Resultate immer sicherzustellen. Nur so kann vermieden werden, dass im Extremfall Hochschulangehörige in unververtretbare Abhängigkeiten geraten. Erfolge beim



Gernot Kostorz, Dr. rer. nat.

Professor emeritus für Physik (ETH Zürich), Generalsekretär der Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden (VSH), Gründungsmitglied von swissfaculty.

Professeur émérite de physique (ETH Zurich), Secrétaire général de l'Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université (AEU), membre fondateur de swissfaculty.

Einwerben von Forschungsgeldern von Dritten mit kommerziellen Interessen sollten keinesfalls in Bewertungen von Einzelpersonen, Instituten oder Hochschulen eingehen. Ein «Wettkampf» auf diesem Gelände würde die Vorreiterfunktion der Hochschulen und das Niveau des wissenschaftlichen Diskurses gefährden.

Für swissfaculty, die Dachorganisation der Dozierenden aller Hochschultypen der Schweiz, bleibt die Verteidigung der Forschungs- und Lehrfreiheit eine vorrangige Aufgabe.

La liberté de la recherche et les fonds tiers

On observe actuellement une vague de consternation et de soucis sur le danger que la liberté et l'indépendance de la recherche des enseignant-e-s des hautes écoles pourraient être remises en question par l'acquisition de fonds tiers provenant de l'économie et du commerce. L'un des fondateurs de la sociologie moderne, Max Weber, postula en 1919 la vertu de « la simple intégrité intellectuelle » et la disposition de « servir uniquement à la cause » pour tous ceux qui se décident à pratiquer la science comme profession. Mais peut-être « la cause » a-t-elle changé depuis ?

Même si quelques enseignant-e-s se tiennent complètement à l'écart de la politique, ils ou elles ne pourront pas ignorer le fait que l'on attend à présent de la politique de la science et de la recherche, que tout ce qui est financé par l'état produise un bénéfice pour la chose politique, de préférence immédiatement. Bien que l'article 20 de la Cst. garantisse la liberté de l'enseignement et de la recherche scientifique, une « orientation » de la recherche est considérée valable à de nombreux égards. Des stratégies et des domaines de recherche sont de plus en plus « transposés » avec l'instrument de l'allocation des ressources par des personnes qui ne pratiquent pas elles-mêmes la recherche scientifique. Ainsi le monde politique cherche à répondre aux exigences du public que les hautes écoles effectuent une recherche « utile ».

Le choix des filières de recherche peut être fortement influencé de l'extérieur (voir les activités de recherche sur l'énergie, l'environnement, la santé, la société, les médias, le monde du travail etc.). Par contre, d'autres domaines, dont personne ne sait si, à long terme, ils ne pourraient être encore plus importants pour l'humanité, sont ainsi mis de côté, voire même disparaissent complètement. L'idée de l'unité de l'enseignement et de la recherche due à Humboldt est en même temps mise en cause plus ou moins ouvertement. Le principe que les chercheurs réussissent le mieux « en solitude et liberté » est écarté en faisant remarquer que « la tour d'ivoire » ne correspond plus aux temps modernes.

Mais là réside un grand malentendu : « Solitude et liberté » ne signifie pas un isolement permanent de la société (une implication naïve et polémique du terme « tour d'ivoire »). Dans leur grande majorité, les enseignant-e-s des hautes écoles ont été-e-s et sont toujours des membres actifs et actives de la société, avec des relations, des ambitions, des devoirs

et contributions volontaires, des soucis et des projets comme tous les autres. Cependant, la perception de leur profession implique que la performance hautement intellectuelle exigée demande une autonomie importante de l'esprit qui ne peut qu'être acquise et gardée par une grande concentration et persévérance pendant le travail scientifique. « La tour d'ivoire » n'est donc pas une situation permanente. Déjà du temps d'Humboldt, cela ne signifiait pas que les chercheurs ne se préoccupaient pas du monde autour – malgré quelques exceptions...

Servir au bien peut résulter, mais ne dépend pas obligatoirement, d'une planification mise en place par l'extérieur. A la longue le public sera certainement servi le mieux, si les conditions sont favorables pour une recherche scientifique de plus haute qualité aux hautes écoles. Cette « cause » était déjà le but d'Humboldt et l'histoire a confirmé la validité de sa stratégie. Dans une société civilisée le savant, la savante « im stillen Kämmerlein » (au calme) peut et doit rester le rêve d'un tout petit groupe. En ce qui concerne la pratique de la recherche comme profession dans des institutions publiques, on peut partir de l'idée que les enseignant-e-s des hautes écoles dans leur grande majorité veulent servir à la cause, et le mieux là où leurs talents et capacités sont sollicités d'une façon raisonnable.

La recherche sous mandat publique (qui pourrait bien devenir une prestation de service et finir par une distorsion de concurrence) ne devrait pas contraindre le choix libre d'un sujet de recherche (dans les limites de l'éthique). A l'heure actuelle, il y a encore quelques « champs libres » offerts par des organisations nationales et internationales et des fondations pour l'encouragement de la recherche. Mais il faut se soucier de « l'encouragement » du monde politique, que les chercheurs des hautes écoles devraient augmenter leurs efforts visant à obtenir des fonds privés provenant de tiers. Il est certainement justifié que des intéressés s'adressent aux hautes écoles pour bénéficier des compétences et de l'accès aux méthodes d'investigation ou d'exploitation qui sont souvent inabordables pour un seul utilisateur, surtout pour les petites entreprises. Si un tel soutien est limité à une prestation de service, un tarif couvrant le coût doit être établi. Par contre, le caractère d'une haute école sera en danger si des travaux de routine en deviennent l'activité principale. S'il s'agit de recherche innovatrice et exploratrice avec des partenaires privés qui est financée (même si seulement en partie) par des moyens publics, la publication des résultats sera toujours à

assurer. Cela est important pour éviter que, dans des cas extrêmes, des membres des hautes écoles entrent dans un état de dépendance inacceptable. Le succès dans l'obtention des fonds privés auprès de tiers avec intérêt commercial ne devrait jamais être pris en compte dans l'évaluation d'individus ou d'instituts/hautes écoles. Une course sur ce terrain mettrait en danger le rôle d'avant-garde et le niveau du discours scientifique des hautes écoles.

Pour *swissfaculty*, l'organisation faîtière des enseignant-e-s de tous les types d'haute école en Suisse, la défense de la liberté de recherche et de l'enseignement scientifique reste l'une des tâches les plus importantes.

Die Hochschulanhörigen sind in der Schweizerischen Hochschulkonferenz vertreten

Le personnel des hautes écoles est représenté au sein de la Conférence suisse des hautes écoles



Stephan Morgenthaler vertritt swissfaculty, die *Konferenz Hochschuldozierende Schweiz*, in der Schweizerischen Hochschulkonferenz, dem obersten Organ gemäss Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz HFKG, das 2015 in Kraft getreten ist.

Stephan Morgenthaler représente swissfaculty, la *Conférence des Enseignant-e-s des Hautes Ecoles Suisses*, au sein de la Conférence suisse des hautes écoles, l'organe politique supérieur établi par la LEHE, qui est entrée en vigueur en 2015.

Stephan Morgenthaler, Prof. Dr., has been Professor of Applied Statistics at the Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne EPFL since 1988. His research interests are as follows: Robust statistical inference, statistical genetics, data analysis -- in particular smoothing data tables, robust linear models, spatial statistics. Before teaching and doing research at the EPFL he was first Assistant Professor, then Associate Professor of Statistics at Yale University.

Wie sehen Sie Ihre Rolle in der Schweizerischen Hochschulkonferenz?

Die SHK als das oberste hochschulpolitische Organ der Schweiz besteht seit Februar 2015 und wurde durch das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) eingeführt. Die SHK ist eine grosse Gruppe und darauf angelegt, breit abgestützte Entscheide zu treffen. Für mich ist die Vertretung des Lehrkörpers aus drei Gründen wichtig. Wir werden auf Bundes- und Kantonsebene besser wahrgenommen, sind über die laufenden Geschäfte informiert und erhalten die Möglichkeit, in kritischen Fragen unsere Meinung kundzutun und zu vertreten.

Welches sind für Sie die zwei wichtigsten Geschäfte im Zeitraum 2015–2018?

Die Kompetenzen der SHK sind in erster Linie auf die Festlegung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Koordination von Bund und Kantonen beschränkt. Das bisherige System der Grundbeiträge des Bundes wird ersetzt durch ein System, das auf Refe-

renzkosten und Beitragskategorien baut. Diese Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen, werden aber wahrscheinlich mehr Transparenz und Anreize in Bezug auf Gewichtung Lehre/Forschung, Studiendauer, Anzahl Studienprogramme etc. schaffen. Ein zweites Themengebiet, das viel zu reden gab, ist das Sonderprogramm von 100 Mio., dessen Ziel die Erhöhung der Abschlüsse in Humanmedizin ist.

Quel rôle pour swissfaculty au sein de la Conférence suisse des hautes écoles (CHE) ?

La CHE comme organe politique supérieur des hautes écoles existe depuis le février 2015 et a été créée par la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE). La CHE est une grande assemblée et veille à trouver des compromis voté par une grande majorité. Pour moi, la représentation des enseignants des hautes écoles est importante pour trois raisons : notre visibilité au niveau de la Confédération et des cantons est accrue, nous sommes au courant des dossiers actuels et nous avons l'occasion de faire connaître et de défendre notre avis sur les questions cruciales.

Quelles sont les deux dossiers les plus importants durant la période 2015–2018 ?

Les compétences de la CHE se bornent en premier lieu à définir le cadre financier de la coordination nationale des activités de la Confédération et des cantons dans le domaine des hautes écoles. Le système des contributions de base existant sera remplacé par un système basé sur des coûts standard et des groupes de disciplines. Ces discussions ne sont pas encore terminées, mais on peut déjà dire que ce changement va probablement créer plus de transparence et des incitations en ce qui concerne la pondération enseignement/recherche, la durée des études, le nombre de programmes, etc. Un deuxième dossier qui a déjà été largement discuté est le programme spécial de 100 mio. dont le but est l'augmentation du nombre de diplômés en médecine humaine.